

*Rheinischer Kapitalismus*

# Stein für Stein den Pfad frei räumen



Die neoliberale Nebelwand reißt auf und gibt erstaunliche Blicke frei auf den rheinischen Entwicklungspfad: Er ist besser als sein Ruf – wären da nicht, zum Beispiel in Deutschland, mehr als vier Millionen arbeitslos. Der Wirtschaftshistoriker Werner Abelshauer und der Politologe Wolfgang Merkel markieren Eckpunkte für seine Weiterentwicklung.

■ **Allenthalben wird befürchtet, in der Globalisierung sei die Alternative nur noch, es zu machen wie die Amerikaner oder unterzugehen. Haben andere Entwicklungspfade noch eine Chance?**

**Abelshauer:** Beide, Deutschland und die USA, sind im späten 19. Jahrhundert in einen revolutionären Prozess der Verwissenschaftlichung der Produktion eingetreten. Gleichzeitig waren sie Motoren der ersten, sehr dynamischen Phase der Globalisierung. Dennoch haben sie aus historischen Kontexten heraus zwei unterschiedliche Pfade beschritten. Beide sind bis heute sehr erfolgreich. Die Globalisierung ist also nicht allein ein amerikanisches Projekt. Und der deutsche Entwicklungspfad ist der Globalisierung durchaus gewachsen.

**Merkel:** Die Amerikaner haben das Projekt Globalisierung in den 1980er und 90er Jahren über Weltbank und Währungsfonds bewusst betrieben. Trotzdem ist die Globalisierung keine Erfindung dieser Zeit. Schon vor dem Ersten Weltkrieg waren die Handelsverflechtungen ähnlich dicht. Einen Unterschied gibt es aber: die Globalisierung der Finanzmärkte. Die macht manche Politikbereiche – die Fiskalpolitik, die Geldpolitik – verwundbar und verengt politische Gestaltungsräume.

**Gibt es einen gemeinsamen europäischen Entwicklungspfad, oder fächern sich verschiedene Pfade auf?**

**Abelshauer:** Die Systeme der korporativen Marktwirtschaft in Skandinavien, Norditalien, Frankreich, Belgien, Deutschland, Österreich und in der Schweiz sind untereinander viel näher verwandt als mit den Volkswirtschaften Englands oder der USA. Die Akteure dieses Rheinischen Kapitalismus bewegten sich schon immer in einem spezifischen Handlungsrahmen, einer dichten Landschaft selbst geschaffener Spielregeln. Die Ökonomie ist ein Organisationsfeld von Unternehmerverbänden, Gewerkschaften und gesellschaftlichen Gruppen. Der Staat fungiert bestenfalls als Moderator. Dieses System steuert sich zum großen Teil selbst.

**Merkel:** Dass die Globalisierung zu einer Konvergenz der Politiken führt, ist empirisch nicht haltbar und eine neoliberale oder auch postmarxistische Mär. Es gibt große Unterschiede der nationalen Politikstile, Gestaltungsmöglichkeiten und -fähigkeiten in einzelnen Politikfeldern sowie der Politikergebnisse. Vor allem im Bereich der sozialen Sicherung divergieren die Politikmuster in Europa zwischen steuer- und abgabenfinanziertem Sozialstaat erheblich. In der Politikperformanz gibt es dramatische Unterschiede zwischen dem Rheinischen Kern und Skandinavien. Deutschland, Frankreich und Belgien schneiden meist schlechter ab. Ein Ländervergleich verschiedener Indikatoren – Gerechtigkeit, Arbeitsmarkt, Produktivität, Fiskalpolitik – ergibt, dass nicht die gesamten Modelle, wohl aber einzelne Sektoren außerhalb Deutschlands besser organisiert sind.

**Abelshauer:** Das deutsche soziale System der Produktion ist außergewöhnlich erfolgreich und für ausländische Investoren ebenso attraktiv wie für mittelständische Unternehmer, die ihre Umsätze mit wissenschaftlich basierten Verfahren machen. Die Deutschland AG ist immer noch lebendig. Neue, auch ausländische Akteure spielen mit. Deutsche Unternehmen sind auf gut 40 Prozent der Weltmärkte führend. Sie haben gegenüber Wettbewerbern weltweit komparative institutionelle Kostenvorteile bei der maßgeschneiderten, nachindustriellen Qualitätsproduktion. Diese Vorteile rühren aus der spezifischen Organisation der Ökonomie. Es gibt keine Anzeichen, dass diese Position schwächer wird.

**Was kann die Politik aus Gemeinsamkeiten und Divergenzen verschiedener Entwicklungspfade lernen?**

**Merkel:** Wir wollen unsere Ziele nicht aufgeben: Freiheit, Gleichheit, soziale Kohäsion, Gerechtigkeit. Davon soll der Pfad nicht abweichen. Aber genau deshalb müssen wir Instrumente und politische Strategien anpassen, um unter veränderten Umständen diese Ziele zu erreichen. Dafür können wir aus anderen Systemen lernen und →

Das Gespräch moderierten

Margarete Hasel und Herbert

Hönigsberger, Sozialwissenschaftler und Politikberater in Berlin.

→ Politikelemente in unseren Kontext einbauen, wenn sie kontextsensibel genug sind: Lernmöglichkeiten in der Bildungspolitik, der Alterssicherung und auf dem Arbeitsmarkt gibt es zuhauf.

**Abelshausen:** Der Austausch von Versatzstücken klappt nur innerhalb des gemeinsamen, historisch gewachsenen europäischen sozialen Systems der Produktion. Dagegen ist es kaum möglich, Module der anglo-amerikanischen Kapitalismusversion in die europäische einzubauen. Nimmt man einen Stein heraus, kommen andere ins Rutschen. Stattdessen ist es sinnvoll, auf dem Pfad zu bleiben und die Steine aus dem Weg zu räumen.

»Die Balance, die nötig ist, um korporatistische Arrangements für alle Seiten befriedigend zu gestalten, ist gestört. Viele Unternehmer haben Exit-Optionen und damit Erpressungspotenziale.«

Wolfgang Merkel

**Also machen wir uns mal konkret ans Steine rollen.**

**Abelshausen:** Die notwendigen Reformen liegen eher an der Peripherie des Produktionsregimes: im System der Sozialversicherung. Es gehört zwar auch zum sozialen System der Produktion, ist aber nicht sein Kern. Dieser besteht im Finanzsystem, in der Corporate Governance – den Herrschafts- und Lenkungsverhältnissen in den Unternehmen –, in der Interessenpolitik sowie im Ausbildungswesen. Der Sozialstaat muss dem entsprechen und im Kern auf den qualifizierten Arbeitnehmer zugeschnitten sein. Der Wohlfahrtsstaat gehört ins 18. Jahrhundert.

**Merkel:** Das Produktionsregime der sich selbst regulierenden Akteure hat viele Stärken. Der industrielle Kern des Rheinischen Kapitalismus funktioniert. Aber jenseits von ihm, in den gesellschaftlichen Verhältnissen, gibt es seit den 70er Jahren zunehmend Probleme. Deutschland sticht in der OECD-Welt seit Jahrzehnten mit besonderer Reformträgheit hervor. Alle Indikatoren für soziale Gerechtigkeit haben sich gerade in den letzten zehn Jahren verschlechtert. Wir müssen den erfolgreichen Kern konservieren, aber endlich auch die anderen Probleme lösen. Also brauchen wir für die Produktion spezifische Politiken

und andere Regelungen – von Arbeitszeit- bis Lohnpolitik – für den wenig qualifizierten Dienstleistungssektor.

**Abelshausen:** In Deutschland sind die Dienstleistungen wesentlich in die nachindustrielle Wirtschaft integriert. Insgesamt üben in den USA und Deutschland gleichermaßen etwa 80 Prozent der Bevölkerung immaterielle Tätigkeiten aus – in welchem Sektor auch immer. Ein schwacher Dienstleistungssektor muss daher in Deutschland niemanden beunruhigen. Das Problem ist vielmehr, dass ein Drittel unserer Erwerbspersonen unterhalb der Facharbeiterqualifikation liegt. Eine so hohe Quote Unqualifizierter kann die deutsche Produktionsweise nicht absorbieren.

**Merkel:** Wir haben im internationalen Vergleich nicht nur eine hohe Arbeitslosen- sondern auch eine niedrige Beschäftigungsquote. Wir haben zu wenig Beschäftigung von Frauen. Die industrielle Produktion ist nicht mehr der beschäftigungsträchtige Sektor, mit dem das zentrale Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen ist. Der Sozialstaat belastet den Faktor Arbeit mehr als in jedem anderen OECD-Land. Das ist in der hochproduktiven Industrie kein Problem, sondern die Modernisierungsspeitsche für den Export. Aber für die gering Qualifizierten ist das dramatisch. Und die Hälfte der Arbeitslosen sind Langzeitarbeitslose.

**Woher kommt diese Arbeitslosigkeit?**

**Abelshausen:** Nicht etwa aus Schwächen im sozialen System der Produktion. Die Politik hat unqualifizierte Arbeitskräfte bewusst erzeugt und importiert. Erstmals in der deutschen Wirtschaftsgeschichte wuchs nach 1945 der fordistische Sektor. In den 50er Jahren gab es deutlich weniger unqualifizierte Arbeitskräfte als heute, dafür eine Kultur des Facharbeiters. Es fehlten unqualifizierte Arbeitskräfte, um die expandierenden Fabriken der standardisierten Massenproduktion zu betreiben. Deshalb wurden bis in die 70er Jahre massiv ungelernete Arbeiter importiert. Dann ist der fordistische Sektor weltweit zusammengebrochen. Anderswo wurde der Anteil der Unqualifizierten nicht systematisch erhöht – schon gar nicht in den Einwanderungsländern. Auch Deutschland kann einen gewissen Sockel ungelerner Arbeit verkräften, nicht aber ein Drittel.

**Merkel:** Obwohl seit Mitte der 70er Jahre für diese Arbeitskräfte kein Bedarf mehr besteht, haben wir bis heute

keine Politik, die Migration steuert. Es gibt eine gewisse Scheu zu wählen, zu selektieren, die mit unserer Geschichte zusammenhängt. Und Multikulti hat die notwendige Diskussion von Anbeginn unter Verdacht gestellt. Die negativen Effekte einer orientierungslosen Einwanderungspolitik, einer Ansaugung von unqualifizierten Arbeitskräften und der Vernachlässigung der Bildungsinvestitionen haben sich gegenseitig bestärkt.

#### Was tun?

**Abelshauer:** Der Globalisierungsdruck erlaubt es nicht, auch nicht im Dienstleistungssektor, für so viele Nichtqualifizierte Arbeitsplätze zu schaffen. Ihre Wettbewerbssituation ist weder durch Zerschlagung des Sozialstaates noch durch Lohndrückerei oder Abbau der Mitbestimmung zu verbessern. Wir haben aber komparative institutionelle Vorteile auf den Märkten für nachindustrielle Maßschneiderei. Dort sind wir im Wettbewerb kaum zu schlagen. Also müssen wir die Beschäftigten höher qualifizieren, auf Facharbeiterniveau und darüber hinaus. Gleichzeitig brauchen wir den Sozialstaat, um auch gering qualifizierten Menschen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

**Merkel:** Der Sozialstaat muss diesen Menschen nicht nur ex post die Existenz sichern helfen, sondern sie wieder in die Gesellschaft integrieren. Das läuft in unserer Arbeitsgesellschaft über Beschäftigung. Ein Mindestlohn von fünf Euro ist für die soziale Kohäsion dieser Gesellschaft aber nicht akzeptabel. Auch deshalb muss über Kombilöhne nachgedacht werden

**Abelshauer:** Der Sockel von zirka drei Millionen ungelerner Arbeitslosen wird auch bei ordentlichem Wachstum nicht verschwinden. Weil Wachstum vor allem hochqualifizierte Beschäftigung generiert, aber bei gering qualifizierter Arbeit zu Migration oder Auslagerung dieser Tätigkeiten führt. Solange die Wettbewerbsvorteile auf den Märkten für nachindustrielle Maßschneiderei bestehen, ist Billigproduktion im Ausland keine Gefahr, sondern die notwendig andere Seite einer glänzenden Medaille. Die Massenarbeitslosigkeit kann nur abgebaut werden, wenn mehr höher qualifizierte Arbeitskräfte in diesem potenziell wachsenden nachindustriellen Sektor Beschäftigung finden.

**Merkel:** Wenn wir die Krankenversicherung von den Arbeitskosten abkoppeln, wäre das ein wuchtiger Schritt, →

»Dass die Globalisierung zu einer Konvergenz der Politiken führt, ist empirisch nicht haltbar und eine neoliberale oder auch postmarxistische Mär.«



#### Wolfgang Merkel (54)

ist Direktor der Abteilung „Demokratierecherche“ am Social Science Research Center Berlin und Professor für Politische Wissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Zuletzt leitete er unter anderem das Forschungsprojekt „Sozialdemokratische Antworten auf integrierte Märkte – Dritte Wege im internationalen Vergleich“, dessen Ergebnisse unter dem Titel „Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa“ (Wiesbaden 2006) veröffentlicht wurden. Merkel ist Mitglied der Grundwertekommission beim Vorstand der SPD sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. [www.wz-berlin.de](http://www.wz-berlin.de)

»Das Veto der Gewerkschaften ist an einem Vierteljahrhundert verschleppter Reformen nicht unschuldig. Sie sind dafür mit dem Verlust ihrer Vetoposition bestraft worden.«



### Werner Abelshauer (61)

hat den Lehrstuhl für Wirtschaftsgeschichte der Universität Bielefeld inne und gehört zu den Gründern des Bielefeld Institute for Global Society Studies. Zuvor war der Volkswirt Professor für Europäische Geschichte des 20. Jahrhunderts an der Europäischen Universität in Florenz. Zu seinen jüngsten Veröffentlichungen zählen eine international weit beachtete Unternehmensgeschichte der BASF (München 2002/ Cambridge 2004) und das Standardwerk „Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945“ (München 2004). Seine Studie über den „Kulturkampf“ (Berlin 2003) zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Kapitalismus-Modell wurde ins Englische und Japanische übersetzt. Abelshauer ist Mitglied des Steuerungskreises des Wirtschaftsforums und der Programmkommission der SPD.

[www.abelshauer.eu](http://www.abelshauer.eu)

→ der die Arbeitskosten so sehr senken könnte, dass die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften wächst. Für Problemgruppen kann der Staat Kombilöhne anbieten und die Lohnnebenkosten übernehmen. Die personenbezogenen Dienstleistungen könnten expandieren, wenn die Ware Arbeitskraft billiger wäre.

**Abelshauer:** In der Ökonomie der diversifizierten Qualitätsproduktion bringt die Abkoppelung des Sozialstaates von den Arbeitskosten wenig. Das Lohnniveau ist selbst in diesem Produktionssektor relativ niedrig, weil sich die Gewerkschaften seit Jahren dem Druck beugen. Die Koppelung wurde außerdem geschaffen, um das Human Capital des Qualitätsarbeiters sorgsam zu pflegen. Sinn macht, den Niedriglohnbereich zu unterstützen. Aber die Lücke zwischen globalem Lohnniveau und unserem Niedriglohniveau ist so groß, dass kaum Entlastung zu erwarten ist.

**Merkel:** Mehr Investitionen in die Bildung, in die Kinder wären eine kleine Investition, verglichen mit anderen in der sozialen Sicherung. Das wäre noch kein Pfadwechsel, sondern ein erster Einstieg. Wir können auch unsere Rente nicht zu 50 Prozent privat absichern. Aber man muss auch hier einsteigen. Denn die Rentner sind nicht mehr die am stärksten von Armut bedrohte Gruppe, sondern junge Familien, insbesondere Alleinerziehende. Und wir müssen endlich Einwanderungspolitik betreiben.

### Verstehen die Akteure, dass sie dieses anspruchsvolle System hegen und pflegen müssen?

**Abelshauer:** Die korporative Marktwirtschaft lebt von der Kooperation ihrer autonomen Akteure. Die funktioniert zum Teil nicht. Die Zusammenarbeit muss aber gepflegt werden, damit die Vorteile auf dem Weltmarkt bleiben. Seit zwei, drei Jahren scheint dieser Kulturkampf, diese selbstzerstörerische Gegenposition derer, die aussteigen wollten, nachzulassen. Die Große Koalition kann dabei helfen, der Staat den Lernprozess fördern. Karl Schiller, Wirtschaftsminister der Großen Koalition der 60er Jahre, hat die Spitzenakteure am runden Tisch zur Zusammenarbeit motiviert. Das lässt sich heute nicht einfach kopieren, zumal wir seitdem keinen Wirtschaftsminister mehr haben. Aber das Prinzip ist richtig.

**Merkel:** Es ist im Bündnis für Arbeit versucht worden. Und ist gescheitert. Die Interessen der Akteure haben sich

so weit auseinanderentwickelt, dass eine Konzertierte Aktion à la Schiller nicht mehr funktioniert. Die Balance, die nötig ist, um korporatistische Arrangements für alle Seiten befriedigend zu gestalten, ist gestört. Viele Unternehmer haben Exit-Optionen und damit Erpressungspotenziale. Sie können an jeden Standort in Europa verlagern, von Asien nicht zu reden. Das wird auch von den Gewerkschaften perzipiert. Und diese verlorene Balance hat die Idee der Konzertierung zunichte gemacht.

#### Warum schneidet die rot-grüne Regierung im europäischen Vergleich so schlecht ab?

**Merkel:** Die Handlungskontexte waren in Deutschland ungünstiger als in anderen europäischen Ländern. Die rot-grüne Regierung trat 1998 ein schwereres Erbe an als Tony Blair oder die Sozialdemokraten in Skandinavien und Holland, wo in den 80er Jahren wichtige Reformen durchgeführt worden sind. Der britische Premier hat mehr Entscheidungsmöglichkeiten als ein deutscher Kanzler, dem mächtige „Nebenregierungen“ entgegentreten. Der Bundesrat ist eine politisch dysfunktionale Institution geworden, seine Einspruchsmöglichkeiten behindern effiziente Lösungen. Zudem findet in den 16 Bundesländern ein Dauerwahlkampf statt, der zu einer Auseinandersetzung auf Bundesebene hochgespielt wird und den politischen Gestaltungshorizont verkürzt. Und die Politik kann auch durch Anrufung des Verfassungsgerichtes konterkariert werden. Die Vetospieler stehen im politischen System Deutschlands besonders dicht gestaffelt.

#### Welche Rolle spielen die Gewerkschaften im Konzert der Vetospieler?

**Merkel:** Sie zählen nicht zu den eigentlichen Reformverhinderern, abgesehen von Teilbereichen der Arbeitsmarktpolitik, bei der Lockerung des Kündigungsschutzes. Aber sie sind auch keine Reformmotoren. Das war in Holland, Dänemark und Schweden in den 90er Jahren anders. Dort haben die Gewerkschaften die Reformpolitik mitgetragen. Diese Rolle übernehmen die Gewerkschaften hier nicht. Andererseits sollten sie sich nicht mehr in Lohnzurückhaltung üben. Die hat die Binnennachfrage geschwächt.

**Abelshauer:** Das Veto der Gewerkschaften ist an einem Vierteljahrhundert verschleppter Reformen nicht un-

schuldig. Sie sind dafür mit dem Verlust ihrer Vetoposition bestraft worden. Erfolgreiche Gewerkschaften brauchen kein Veto. Sie beherrschen den kreativen Umgang mit den Spielregeln.

#### Was bedeutet die Abhängigkeit vom vorgezeichneten Entwicklungspfad für die Große Koalition?

**Abelshauer:** Zurzeit wird an vielen Baustellen daran gearbeitet, aus dem eingeschlagenen Pfad Steine wegzuschaffen. Das ist wenig spektakulär, obwohl sich das politische Personal verschleißt. Gleichwohl gelingt es der Großen Koalition so wenig wie der Vorgängerregierung, den Bürgern deutlich zu machen, wofür sie Opfer bringen sollen, wofür diese Politik gut ist. Sie ist nötig, damit wir

»Es ist kaum möglich, Module der anglo-amerikanischen Kapitalismusversion in die europäische einzubauen. Nimmt man einen Stein heraus, kommen andere ins Rutschen.«

Werner Abelshauer

in Europa weiterhin selbst bestimmen können, wie wir leben und arbeiten. Und damit wir die komparativen institutionellen Kostenvorteile auf dem Weltmarkt sichern.

**Merkel:** Ein Projekt oder eine Vision, die sich hinter dieser Arbeit verbergen, Steine wegzuräumen, sind weder in der Koalitionsvereinbarung noch in der bisherigen Praxis zu sehen. Die Schnittmenge ist gering, und die SPD zeigt wenig Profil. Die aktuelle Politik trifft ihre weniger begüterte Klientel besonders. Und die hat jetzt eine alternative Wahlmöglichkeit, eine Protestpartei, die der linkskonservativen Politik der 70er Jahre verhaftet ist. Und wenn die SPD nicht auf Reformen in der Großen Koalition einschwingt, gilt sie als Blockadepartei. Das ist keine komfortable Position. ■